

Thesen

20 Jahre Transformation und Vereinigung – Bilanz und Ausblick: Chancen wie Blockaden für eine Umsetzung des Leitbildes „Ostdeutschland 2020“

(Arbeitsgruppe: Michael Thomas (Ltg.); Ulrich Busch; Thomas Koch; Rolf Reißig)

Im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den
Landtagen und im Deutschen Bundestag

September 2010

I.

Neuer Entwicklungspfad

1. Plädoyer für einen neuen Entwicklungsansatz

Mit dem „Leitbild Ostdeutschland 2020“ ist eine programmatische Orientierung gegeben und liegt in wesentlichen Konturen ein Handlungskonzept vor für einen neuen gesellschaftlichen Entwicklungspfad. Dieser gilt für Ostdeutschland mit seinen spezifischen Problemen wie für Deutschland insgesamt im europäischen und globalen Zusammenhang. Es geht um umfassende Herausforderungen, es geht um neue Antworten auf neue Fragen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um einen Paradigmenwechsel, um ein gesellschaftliches Umsteuern.

Zentrale Kernpunkte und das umfassende Konzept eines solchen Paradigmenwechsels betreffen den anzustrebenden sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft. In den Thesen „Ostdeutschland 2020“ ist das folgende strategische Leitbild formuliert:

„Ostdeutschland – auf dem Weg einer selbsttragenden Entwicklung und zukunftsfähigen Region, gegründet auf den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Ostdeutschland – eine solidarische Gesellschaft, geprägt durch regionale, soziale, kulturelle Vielfalt.“

Dieses programmatische Leitbild einer sozial-ökologischen und solidarischen Gesellschaft, mit dem sich konkrete Handlungsorientierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen verbinden, ist inzwischen vielfach diskutiert und kommuniziert worden. Der sozial-ökologische Umbau als transformatorisches Gesellschaftsprojekt ist innerhalb der Partei DIE LINKE kein Lippenbekenntnis, kein schmückendes Beiwerk, sondern Kern für Gestaltungsansätze wie Parteiprogrammatik. Der sozial-ökologische Umbau findet zudem in einer konzeptionellen Vielfalt breite Resonanz. Weit über eine bestimmte Partei hinaus, gespeist aus unterschiedlichen Initiativen und Bewegungen ist er Ansatzpunkt einer globalen Suche nach Auswegen aus der menscheitsbedrohenden Krise, aus einem nach wie vor das offizielle politische Handeln dominierenden „Weltuntergangsmodell“ (Ulrich Beck). Leitbild und programmatisches Konzept sind als ernsthaftes strategisches Angebot an alle zu sehen, denen es um die Zukunft unseres Landes, um die Lösung der grundlegenden sozialen und globalen Herausforderungen geht.

Immer sichtbarer wird das Erfordernis eines solchen Perspektivenwandels. Gerade angesichts der Antworten der herrschenden Politik und Wirtschaft in Deutschland auf die Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftskrise. Politik und Wirtschaft bewegen sich nahezu ungebrochen in den Grenzen des bisherigen überholten und zerstörerischen Entwicklungspfades. Deutschland ist längst nicht mehr Vorreiter einer progressiven, mit Klimaschutz und ökologischer Erneuerung verbundenen Politik in Europa, sondern tritt eher als Bremser hervor.

Der wirtschaftliche, soziale, kulturelle Pfadwechsel kann, muss Kern eines umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprojektes werden, das weit über parteipolitische Grenzen hinausgreift. Denn zukunftsfähig ist nur eine ressourceneffiziente, umweltverträgliche und solidarische Entwicklung. Möglichkeiten dafür sind, trotz der aufgeführten retrograden Tendenzen, durchaus gegeben. Zu verweisen ist auf Diskurse und Voraussetzungen, von den „Grenzen des Wachstums“ über die vielfältigen Ansätze einer „ökologischen Modernisierung“, „globale Risikodiskurse“ bis zu den Konzepten „nachhaltiger Entwicklung“. Alles in allem sind einerseits die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für den sozial-ökologischen Umbau in der Gesellschaft gewachsen, während andererseits die machtpolitischen Blockaden für einen solchen Pfadwechsel sich verfestigt haben. Die Erfordernisse eines Pfadwechsels sind breit und öffentlich zu diskutieren. In den Mittelpunkt sollten gemeinsame, übergreifende Ansatzpunkte gestellt werden. Die gesellschaftliche Situation ist kompliziert und nicht eindeutig vorbestimmt, erforderliche Selektions- und Suchprozesse verbieten deshalb dogmatische Richtungsentscheidungen. Erforderlich ist der Einstieg in ein „Anders!“, der Ausstieg aus einem „Weiter so!“ Zu viel steht auf dem Spiel!

Es geht nicht darum, für diesen gesellschaftlichen, resp. sozial-ökologischen Pfadwechsel eine besondere Vorreiterrolle Ostdeutschlands zu reklamieren, wohl aber eine besondere Verantwortung, verbunden mit spezifischen Möglichkeiten und Anknüpfungspunkten. Sie ergeben sich prinzipiell daraus, dass Ostdeutschland und seine Regionen einen „doppelten Umbruch“ zu bewältigen haben – die Folgen der postsozialistischen Transformation und die Herausforderungen des postmodernen Umbruchszenarios. Zugleich geht es jedoch um einen übergreifenden Gestaltungsansatz für Deutschland insgesamt, um einen neuen Ansatz oder ein gemeinsames Projekt: Der sozial-ökologische Umbauprozess ist *die* grundlegende Herausforderung für Ost und West und kann nur gemeinsam ge- oder eben misslingen.

Angesichts der umfassenden krisenhaften Prozesse und insbesondere der ökologischen Bedrohungen muss auch DIE LINKE sich stärker aus einer Zukunftsverantwortung heraus positionieren: Ein umfassender gesellschaftlicher Pfadwechsel ist die Ultima ratio verantwor-

tungsvoller und zukunftsöffener Politik. Und für Ostdeutschland eröffnet ein solcher Pfadwechsel Chancen, endlich aus einer anhaltenden und Perspektiven in Deutschland insgesamt einschränkenden Nachtrabentwicklung heraus zu kommen. Insofern bedürfen Ansätze und Voraussetzungen für einen solchen Perspektivenwechsel gerade in Ostdeutschland der besonderen Aufmerksamkeit; deshalb betonen wir eine ostdeutsche Verantwortung. Solche Ansätze und Voraussetzungen gilt es zu identifizieren und zu stärken!

Ansätze und Voraussetzungen sind als positive Bedingungen festzuhalten, dennoch sind die gegebenen Einschränkungen unübersehbar: Noch immer gibt es neben einer Fülle von einzelnen, vorwärtsweisenden Beispielen in Ostdeutschland zu wenig greifbare und praktische Schritte für einen solchen generellen und umfassenden Perspektivenwechsel. War im Leitbild „Ostdeutschland 2020“ noch Ende 2008/Anfang 2009 von offensichtlich verbesserten gerade auch internationalen Bedingungen die Rede, so haben sich diese Bedingungen in jüngster Zeit eher wieder verschlechtert. Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen 2009 ist nur einer der Indikatoren dafür, die führenden Industrieländer sind trotz einiger Ankündigungen und Appelle zu keinerlei offensiven Schritten gekommen (Toronto). Zudem gilt das in besonderem Maße auch für die spezifisch nationalen Bedingungen in Deutschland. Aber auch breite und durchsetzungsfähige soziale Träger für einen solchen Pfadwechsel lassen sich noch zu selten ausmachen, ein kultureller Wandel bleibt begrenzt. Bisher sind progressive, alternative Kräfte nicht gestärkt aus der Krise hervorgegangen. In einer einzigartigen Konstellation scheinen die technischen und technologischen Möglichkeiten einer Ressourcenwende gefesselt durch politische, (finanz-)wirtschaftliche Rahmenbedingungen und gebremst durch mangelnde soziale und kulturelle Voraussetzungen. Ob und wie sich diese Konstellation auflösen wird, ist heute noch offen und ungewiss. Darauf aber ist die Frage aktuell auszurichten, auch bei einer Bilanz von deutsch-deutscher Vereinigung und Transformation.

Angesichts von 20 Jahren Vereinigung ist in diesem Kontext eine zweifache kritische Bilanz erforderlich, die die nachfolgenden Thesen leisten sollen. Einmal geht es um eine Einschätzung der Erträge und Folgen von zwanzig Jahren Transformation oder Vereinigungspolitik: Hatte es 1989/1990 durchaus alternative Pfadmöglichkeiten für Gesellschafts-Transformation und Vereinigung gegeben, also auch die einer auf Veränderung, Offenheit und gemeinsame Lernprozesse orientierten Vereinigung, so setzte sich – legitimiert auch durch Mehrheitsentscheidungen in Ostdeutschland – die direkte Anschluss- und Übertragungsperspektive durch. Diese hat progressive Umbauprozesse verdrängt und blockiert; mit Blick auf die anstehende

sozial-ökologische Gesellschafts-Transformation hat der Nachbau die falschen Zeichen gesetzt.

Zum anderen geht es um eine Einschätzung der aktuellen gesellschaftspolitischen Konstellationen und sich daraus ergebender Schlussfolgerungen für gesellschaftlichen Wandel. Denn nicht nur im Leitbild „Ostdeutschland 2020“ war die Frage aufgeworfen, mit welchen Antworten und Lernprozessen Politik und Gesellschaft aus der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen würden. Fördern oder hemmen diese die Möglichkeiten für einen erforderlichen Pfadwechsel?

II.

Transformation und Vereinigung – kontroverse Bilanzen eines Pfadwechsels

2. Zwanzig Jahre Vereinigung – Bilanz und Folgen¹

Diese Bilanz - aus der Perspektive eines fälligen Richtungswechsels – haben wir bereits früher formuliert. Das „Leitbild Ostdeutschland 2020“ hat eine übergreifende und differenzierte Einschätzung zu Logik und den Folgen der postsozialistischen Transformation/deutschen Vereinigung vorgelegt, die im Grundlegenden nicht zu korrigieren ist: Wirtschaftlich und sozial zeigt sich eine zwiespältige, widersprüchliche Bilanz. Der Aufbau Ost als Nachbau West ist endgültig gescheitert. Zugleich ist nicht nur auf Gewinne für die Menschen Ostdeutschlands zu verweisen, vor allem finden sich (z. T. verborgen) Ansätze eigenständiger Gestaltung in Ostdeutschland.

Dennoch sind die Jahrestage von 1989 und 1990 Anlass und Herausforderung, diese Bilanzen noch einmal zu untersetzen und thematisch zu erweitern, denn sie bestimmen, leiten und begleiten die Suche nach politischen Alternativen, nach Strategien und Leitbildern. Nicht zuletzt entscheiden sie über die Wahrnehmung möglicher und erforderlicher Pfadänderungen einerseits, Abschottung und Inklusion in ein überholtes, zerstörerisches Entwicklungsmodell andererseits.

¹ Der Kontext eines sozial-ökologischen Pfadwechsels liefert die Perspektive der hier erfolgenden Bilanz: Es geht nicht um eine Gesamtbetrachtung von postsozialistischer Transformation und deutscher Vereinigung, sondern deren Einschätzung aus der Sicht dieses erforderlichen Pfadwechsels.

rerseits. Mit den genannten Jahrestagen sind solche Einschätzungen noch einmal besonders hervorgetreten.

Die gesellschaftliche „Landschaft“ in Deutschland heute wird durch unterschiedliche, kontroverse politische und ideologische Positionen bestimmt: Nach wie vor werden die angebliche Alternativlosigkeit und Richtigkeit des 1990 mit der Vereinigung eingeschlagenen Weges vehement verteidigt, Ostdeutschland als Erfolgsstory herausgestellt und nahezu alle Schwächen und Versäumnisse der Erbschaft von „Krieg und Sozialismus“ zugeschlagen. Konsequenter verlangt die herrschende Regierungskoalition eine strikte Fortsetzung des bisherigen politischen Kurses. Die meisten Massenmedien und anderen Diskursmaschinen machen ein solches Bild zu einem wirkungsvollen, immer wieder abrufbaren Konstrukt für unterschiedliche Anlässe und Gelegenheiten.

Während große Teile der Sozialdemokratie noch immer von der politischen Gemengelage und nicht zuletzt ihrer eigenen Hartz IV-Agenda gefangen scheinen und höchstens einzelne Schattenseiten einer alles in allem erfolgreichen Vereinigungspolitik herausstreichen – die nicht vollzogene soziale Einheit –, stellen die Grünen nunmehr eher das Scheitern eines Leitbildes „Nachbau West“ für den Osten heraus. Zu wenig entsprechen diese politischen Strategien den regionalen Besonderheiten Ostdeutschlands. Gewerkschaften wie Sozialverbände heben – und dies völlig zu Recht – vor allem die sozialen Defizite und Ost-West-Spaltungen hervor.

Für DIE LINKE ist es aus unterschiedlichen Gründen nicht leicht, zu einer gemeinsamen und übergreifenden Einschätzung der Bilanzen von Transformation Ostdeutschlands und deutscher Vereinigung zu kommen. Sie kann sich im Unterschied zu den anderen Parteien einer besonderen Verantwortung für das Erbe der DDR nicht entziehen, zugleich werden ihr immer wieder nur alle Schattenseiten dieses Erbes zugeschrieben. Sie muss sich auch weiterhin als besonderer Anwalt nicht ausreichend wahrgenommener, durchgesetzter ostdeutscher Interessen artikulieren. Soziale Einheit, soziale Gerechtigkeit, Anerkennung der ostdeutschen Lebensleistungen bleiben auf der Agenda und sind weiterhin nachdrücklich einzufordern. Doch darf sie sich damit selbst nicht in eine einseitige Nachhol- und Angleichungsperspektive begeben.

Mit dem Leitbild eines zukunftsfähigen, sozial-ökologischen und solidarischen Entwicklungsmodells lassen sich Prämissen formulieren, die einen erforderlichen Spagat zwischen der Wahrnehmung besonderer ostdeutscher Interessen und gesamtdeutscher Zukunftsgestaltung überzeugend möglich machen: Der erforderliche Pfadwechsel bestimmt die übergreifende

Gestaltungsherausforderung für Ost wie West. Von daher ist der als gescheitert anzusehende Nachbau West in Ostdeutschland als ebenso problematisch anzusehen wie die strukturkonservierende Politik der letzten zwanzig Jahre in Westdeutschland. Insgesamt hat sich eine Ablösung des „Rheinischen Kapitalismus“ hin zu einem am marktradikalen Wirtschafts- und Sozialmodell orientierten Finanzmarktkapitalismus vollzogen, die eine zum anstehenden Pfadwechsel konträre Antwort auf die Umbruchherausforderungen darstellt. Aus dem 1990 eingeschlagenen *Nachbau West* wurde zugleich ein markt-radikaler *Umbau West*. Auch insofern muss die alleinige Perspektive weiterer Angleichung Ost an West obsolet sein. Mit einer neuen Gestaltungsperspektive lassen sich zugleich differenzierte Einschätzungen zu den Voraussetzungen gesellschaftlichen Wandels treffen – in Ost- wie Westdeutschland, also auch zu den „Erbschaften“ von DDR und Transformation: Die Suche nach Zukunftsfeldern und -projekten dieser Entwicklungsperspektive ist der übergreifende und neue Ost-West-Vergleichsmaßstab! Auch für die weitere Gestaltung der deutschen Einheit.

3. Das folgenreiche Jahr 1990

Es gibt keine einseitigen, singulären oder unmittelbar für sich abzuhebenden Faktoren oder zuzurechnenden Gründe einer aufzumachenden Transformations- und Vereinigungsbilanz. Die Ausgangslage der DDR, die konkreten Modi der Transformation Ostdeutschlands (Modellübertragung und institutionelle Inkorporation) wie insbesondere die der Währungsunion bestimmen wesentlich die bisherige Entwicklung und haben damit längerfristige Konsequenzen für Chancen und Herausforderungen eines sozial-ökologischen Pfadwechsels. Die mit der Vereinigung vollzogene Perpetuierung eines überholten Pfades wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung ist der Kern. Die mögliche Alternative eines auf Veränderung, Lernprozesse und gesellschaftliche Innovationen setzenden Vereinigungsprozesses – ob mit dem Zwischenschritt einer Konföderation oder einer Vereinigung auf dem konstitutionellen Weg nach Artikel 146 – konnte sich nicht durchsetzen. Damit sind zugleich weder die Impulse sozialer und ökologischer Erneuerung aus der friedlichen Revolution der DDR noch die damals im Westen entwickelten alternativen, gesellschaftskritischen Konzepte zum Tragen gekommen. Aus unterschiedlichen Gründen führten Transformation und Vereinigung diesbezüglich zu einem gesellschaftlichen Rollback, mit einem deutlichen Positionsverlust von Alternativkonzepten. Das Scheitern des Realsozialismus war nicht mit neuen gesellschaftlichen Entwicklungspotenzialen und -ansätzen verbunden. Das hat politisch und kulturell tiefe Spuren hinterlassen.

Die konkret-historische Konstellation 1989/1990 war zweifellos kompliziert und widersprüchlich. Die Vereinigung fand innerhalb eines seit den 70er Jahren eingeleiteten, historisch längerfristigen, globalen und offenen Umbruchsprozesses vom fordistisch-industriellen Wirtschafts- und Sozialmodell zu einem neuen Gesellschaftsmodell statt. Nicht aber als Schritt zu nachhaltiger, sozialer, ökologischer und solidarischer Entwicklung; in der Realität gesellschaftlicher Auseinandersetzungen kam es vielmehr zu einer strukturkonservativen Wende und zu einer neuen Stufe des Finanzkapitalismus. Insofern sind die gerade für ostdeutsche Mehrheiten mit der Vereinigung verbundenen Erwartungen in einen wirtschaftspolitisch vom Keynesianismus geprägten Teilhabekapitalismus („Modell Deutschland“) auch durch die Durchsetzung neoliberaler und neomonetaristischer Konzepte rasch enttäuscht und widerlegt worden.

Die Integration der ostdeutschen in die bundesdeutsche Volkswirtschaft gestaltete sich wegen der konträren Wirtschaftsverfassungen, der beträchtlichen Niveauunterschiede (hinsichtlich BIP und Verschleißgrad von Produktionsmitteln und Infrastruktur) und auch beträchtlicher struktureller Unterschiede schwierig. Von einer völlig maroden oder wertlosen DDR-Produktion kann zwar nicht die Rede sein – immerhin sprechen seriöse Rechnungen für 1989 von einem Anteil der DDR-Produktion an der „gesamtdeutschen von knapp 13 % (bei etwa 20 % Bevölkerungsanteil). Unter der Prämisse einer zu vollziehenden Angleichung kamen aber zwei höchst ungleiche Volkswirtschaften mit einem gravierenden Machtungleichgewicht zusammen.

Mit der gesetzten Vereinigungsprämisse konnte eine solche Konstellation nur zu einer asymmetrischen Konkurrenzsituation führen; die ostdeutschen Betriebe waren über Nacht schutzlos dem „freien“ Wettbewerb ausgesetzt, ein massenhafter Bankrott war unvermeidlich. Dabei bildete insbesondere die Einführung der D-Mark zum 1. Juli 1990 den Auftakt für eine beispiellose Schocktherapie. Mit dieser schlagartigen Veränderung der ordnungspolitischen Rahmen- und Regulationsweise für die ostdeutschen Unternehmen wurden insgesamt Transformation wie Vereinigung in ihren zentralen Parametern festgeschrieben und unumkehrbar gemacht. Mit der Währungsunion als zentralem Baustein der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (WWSU) erfolgte die entscheidende Weichenstellung für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau in Ostdeutschland.

Für die Bevölkerung in Ost- wie Westdeutschland hatte die Währungsunion differenzierte, zwiespältige Konsequenzen; für die ostdeutsche Wirtschaft waren diese hingegen verheerend, für die westdeutsche Wirtschaft eher ein Konjunkturprogramm und für den Wirtschaftsstand-

ort Deutschland ein Vorteil: Die (west-)deutsche Wirtschaft konnte 1990 auf einen höheren Wachstumspfad einschwenken und dadurch ihre Vormachtstellung in Europa ausbauen. Was die eine Seite gewann, verlor die andere Seite; die Auswirkungen der wirtschaftlichen Zerstörung in Ostdeutschland zeigen zudem Langfristwirkungen für Gesamtdeutschland.

Hervorzuheben ist ein beispielloser Eigentumstransfer. Während es durchaus verschiedene Methoden gibt zur Wiederherstellung einer Privateigentumsordnung, beschränkte man sich in Ostdeutschland im Wesentlichen auf Restitution und Verkauf des Volks- resp. Staatseigentums. Damit fand zugleich ein Wechsel der Eigentumssubjekte, also der Eigentümer, statt. Bestimmend für diesen Integrationsmodus war die bundesdeutsche Kapital- und Vermögensstruktur. Der gesamte Restitutionsprozess gestaltete sich überwiegend als Eigentumstransfer von Ost nach West.

Bei allen Ausnahmen und Besonderheiten – die Dominanz eines solchen Ausverkaufs oder „ökonomischen Geschenks“ hat umfassende Folgewirkungen. Beispielsweise wurde so gleichsam eine Diskrepanz in den Vermögenswerten festgeschrieben, die bis heute hinsichtlich Produktiv- wie Privatvermögen keinesfalls abgebaut ist: Beim Geldvermögen verfügen ostdeutsche Haushalte heute über ca. 40 % des Betrages westdeutscher Haushalte, beim Immobilienvermögen etwa über 34 %. Die bisherige Logik dieser Transformation hat die sozialökonomische Spaltung in Deutschland verfestigt. Insofern bleiben Spaltung bzw. Angleichung als Zustandsbeschreibung wie Zielformulierung virulent.

Demgegenüber machen die Phasen und vor allem übergreifenden Tendenzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation Ostdeutschlands deutlich, dass eine solche Konvergenz zeitlich immer weiter verschwindet, dass der bisherige Transformationspfad keinen Ausweg aus der sozialökonomischen Spaltung bringt: Eine kurzzeitige Aufholphase zwischen 1992 und 1996 ist in eine nur geringfügig schwankende Stagnation übergegangen. Kleinere Erfolge sind weitgehend die einer passiven Sanierung, einer deutlichen und anhaltenden Bevölkerungsabnahme in Ostdeutschland. Die „optimistische Prognose“ der Bundesregierung von 2009 ging für die nächste Dekade von einer möglichen Angleichung der ostdeutschen „an die strukturschwachen westdeutschen Länder“ aus, nicht mehr von Angleichung generell oder gleichwertigen Lebensverhältnissen.

Für die hier leitende Perspektive ist festzuhalten, dass diese Art Schocktherapie keine Chancen ließ für alternative wirtschaftliche Pfade oder Entwicklungen. Dabei ist die Konkurrenzfrage nur die eine Seite. Selbst viele erfolgreiche Modernisierungen nachholender Entwicklung

– etwa die nachholende Motorisierung, Verkehrsprojekte oder andere und überdimensionierte Infrastrukturprojekte – sind mit ihrer einseitigen Wachstumslogik für einen solchen alternativen Pfad keine zukunftsfähigen Bausteine. Gerade wer keinen Weg zurück will oder predigt, muss das folgenreiche, für einen möglichen progressiven Gesellschaftswandel folgenlose Jahr 1990 zugleich kritisch thematisieren: Viele der dort angelegten Fragen sind noch nicht beantwortet, viele der dort geschaffenen Rahmenbedingungen erschweren dies.

3.1. Logik und Grenzen einer Reindustrialisierung

Die radikale De-Industrialisierung in Ostdeutschland war begleitet von einer Modernisierung und marktwirtschaftlichen Umstrukturierung der verbleibenden Betriebe sowie Neugründungen. Insofern zeigt sich eine Re-Industrialisierung, die vor allem im Verarbeitenden Gewerbe beachtliche Ergebnisse bringt: Produktion und Produktivität wuchsen hier schneller als in Westdeutschland, und vor allem hierdurch verringerte sich die Produktivitätslücke gegenüber dem Westen auf 18 %, während sie 1989 bei etwa 55 % und 1991 bei 70 % lag. Deutlich gestiegen ist der Exportanteil, im dynamischen Verarbeitenden Gewerbe sind wichtige Innovationspotenziale konzentriert. Das sind Leistungen im Aufbau Ost wie Potenziale für weitere Entwicklungen.

Dennoch ist ein anhaltender Produktivitätsrückstand auszumachen. Es ist allerdings absurd, hierfür noch immer vor allem die zentralistische Planwirtschaft der DDR in Verantwortung zu nehmen: Die wesentlichen Merkmale und Strukturelemente der ostdeutschen Industrie wie auch die Mehrzahl der ostdeutschen Betriebe sind nach 1990 entstanden. Es sind also gerade die Parameter dieser Re-Industrialisierung, die neben den Erfolgen auch grundlegende Schwächen konstituieren. Das betrifft das weitgehende Fehlen von wirtschaftlichen Führungszentren, die Dominanz einer Produktion von Vorleistungsgütern, mit der eine geringere Wertschöpfung erfolgt oder/und im Osten verbleibt, die Niedriglohnstrategien. Viele der strukturellen Unterschiede (Größenordnung), der Branchenkonzentrationen oder auch der geringen FuE-Potenziale in Unternehmen schlagen für Ostdeutschland negativ zu Buche.

Ist also die Re-Industrialisierung wesentlich eine Einbindung in Abhängigkeiten, eine Unterordnung unter externe Marktführerschaften, womit Möglichkeiten eigenständiger Marktentwicklungen oder alternativer Pfade beschnitten sind, so zeigen sich nicht nur Durchbrüche und Ausnahmeentwicklungen, vor allem lassen sich in der industriellen Struktur durchaus Ansätze für Alternativen finden. Ein sozial-ökologisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmo-

dell kann einige der scheinbar ehernen Nachteile der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur als Einstiegsvoraussetzungen nutzen. Das gilt für die durchaus beachtliche Erschließung von Marktlücken im Bereich regenerativer Energien (Photovoltaik, Windenergie), für lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe, für vernetzte Kleinunternehmen mit kooperativer Anbindung an regionale Forschungsinfrastrukturen, für kleinteilige Organisationsformen, kommunale Eigentümerstrukturen, Genossenschaften etc. Das sind Stärkepotenziale, die aber erst in einer sozial-ökologischen Perspektive ausreichend als solche zu erkennen sind.

Die ostdeutsche Re-Industrialisierung hat bisher die dominierende Abhängigkeit von westdeutschen Strukturen nicht durchbrechen können und findet darin anhaltend ihre Grenzen: Auf diesem Weg ist ein Aufholen eben nicht möglich. Die Frage ist deshalb nicht, wie überwiegend in der akademischen und auch medialen Debatte, ob das Glas schon halb voll oder noch halb leer sei, oder auch nicht die, in welche Zeiträume sich der Angleichungsprozess (von einst max. 10 über 20 und 30 bis heute 50/60 Jahren) ausdehnt. Die bislang leitende Frage oder eben Perspektive selbst steht zur Disposition. Für eine andere kann allerdings die erfolgte Re-Industrialisierung auch ein zu nutzendes Potenzial sein.

3.2. Charakteristika von Transfer und Transferökonomie

Überschattet wird diese widersprüchliche wirtschaftliche Struktur Ostdeutschlands noch durch die grundlegende Transferabhängigkeit und ihre Ausprägung als Transferökonomie. Die Transfers sind dabei eine unmittelbare Folge des Beitritts gemäß Artikel 23 GG. Wegen der erheblichen wirtschaftlichen Lücke implizierte und impliziert die Zugehörigkeit der neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zugleich ihren rechtlichen Anspruch auf Transfers.

Bezogen auf das BIP Ostdeutschlands betragen die Transferleistungen anfangs mehr als ein Drittel, verringerten sich im Zeitverlauf auf ein Viertel bis ein Fünftel. Gemessen am westdeutschen BIP machen die Transferleistungen ca. 4 % aus, mit abnehmender Tendenz. Die Transfers weisen etwa einen jährlichen Umfang von 70 Mrd. € auf. Rund ein Viertel der Gesamtnachfrage in Ostdeutschland wird über Transferzahlungen finanziert und durch regionale Importe aus den alten Bundesländern gedeckt.

Die West-Ost-Transfers bilden die Grundlage für den eigenwilligen Verlauf der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung seit 1990, ihre unterschiedlichen Phasen und Dynamiken. Rund 13,5

% der ostdeutschen Produktion in den Jahren 2001 bis 2003 waren zum Beispiel transfergestützt. Die West-Ost-Transfers verhinderten einerseits, dass sich die wirtschaftliche Unterentwicklung Ostdeutschlands zu einer sozialen Katastrophe auswuchs. Andererseits bewirkten sie keinen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung, keinen Aufholprozess, wodurch Ostdeutschland transferunabhängig werden würde. Die wirtschaftliche Dynamik in Ostdeutschland ist diesbezüglich vergleichbar solcher in unterentwickelten Regionen.

Die Erklärung dafür ist in dem durch den Finanz- und Realtransfer generierten Kreislaufprozess zu suchen, in welchem sich westdeutsche Mehrproduktion und ostdeutscher Transferbedarf bedingen. In der Logik dieser Potenzialverschiebung liegt, dass Westdeutschland wirtschaftlich stärker, Ostdeutschland aber, relativ zu den alten Bundesländern, wirtschaftlich abhängig und schwach geblieben ist: Auch für den ostdeutschen Fall gilt – Ressourcentransfer und Importüberschuss lösen keinen selbst tragenden Entwicklungsprozess aus, sondern konservieren und bestärken in gewissem Maße wirtschaftliche Abhängigkeit.

Das folgenreiche Jahr 1990 mit seinen wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen, die ambivalente Re-Industrialisierung wie die Befestigung einer Transferökonomie weisen einerseits für Ostdeutschland auf eine Entwicklungslogik hin, die zu bleibender Abhängigkeit führt, und befestigen gerade so ein überholtes, wenig zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Mit Blick auf anstehende Alternativen, und nicht in der Bilanz ihrer einzelnen Elemente und gerade auch gewichtigen, unumstrittenen Zugewinne in materiellem Wohlstand, Freizügigkeit usw., wirken 20 Jahre Transformation und Vereinigung wie ein Moratorium oder ein Zeitraum verpasster Chancen. Andererseits zeigen sich einzelne Gegenlogiken und liegt gerade in der festgefahrenen Logik nachholender Angleichung das stärkste Argument für einen erforderlichen Pfadwechsel: Diesbezüglich gibt es einen breiter werdenden gesellschaftlichen Konsens. Die konkreten Antworten fallen zwar höchst unterschiedlich aus, sie haben aber einen gemeinsamen Kern: Wenn es weitergeht wie bisher, dann geht es nicht weiter!

4. Konsequenz – ein Pfadwechsel ist erforderlich!

Die Perspektive einer Angleichung ist für Ostdeutschland ausgereizt, die neoliberale und marktradikale Umbaustrategie stellt weder für Ost noch für West eine zukunftsfähige Perspektive dar. Dennoch scheint herrschende Politik ebenso in ihrem Weiter so! festgefahren wie kritische Alternativen für den Osten häufig nur das Menetekel eines Mezzogiorno be-

schwören und einzig West-Ost-Abstände zum Politikum machen. Nicht zu vergessen die Hypertrophierung einer grundlegenden systemischen Krise. Vielfach ist demgegenüber zu wenig zu spüren von praktischer Krisenbewältigung. Zukunft sieht anders aus, und Zukunft muss – so oder so – anders gewonnen werden: Neue Antworten auf neue Fragen! Genau darauf zielt das Leitbild, und die erfolgte kritische Reflexion von Transformation und Vereinigung kommt zu keinem anderen Ergebnis. Mut zu Suche und Experiment; es waren und sind falsche Gewissheiten, die immer wieder Zukunft verbauen.

Prüfen wir hierfür die zentralen Prämissen des Leitbildes „Ostdeutschland 2020“, so lassen sich diese bestätigen, zugleich untersetzen und im Licht jüngster Entwicklungen einschätzen: Die generelle, programmatische Orientierung ist beizubehalten. Die Grenzen des bisherigen Ressourcen vernutzenden und den Klimawandel anheizenden Wachstumspfad sind nahezu unstrittig, quer durch politische und ideologische Lager – die Bedingungen für eine Trendwende sind allerdings eher schwieriger geworden.

Ist etwa die erforderliche globale Wende weitgehend und im Allgemeinen akzeptiert, so sind die jüngsten politischen Initiativen – von Kopenhagen bis Toronto – diesbezüglich halbherzig oder kontraproduktiv. Noch zeichnet sich nicht ab, wie der Einstieg in ein globales sozial-ökologisches Umbauprojekt gelingen kann. Gerade die reichsten, finanzstärksten Unternehmen und Länder zeigen sich zu wenig offen dafür. Initiativen der EU, eingeleitet z.T. gerade unter deutschem Ratsvorsitz, werden nur halbherzig umgesetzt oder auch von deutscher Seite blockiert.

Positive und erfolgreiche Entwicklungen in Deutschland, speziell in Ostdeutschland, auf die im Leitbild „Ostdeutschland 2020“ hingewiesen werden konnte – von Anteilen regenerativer Energien über verminderte Emissionen bis zu geschaffenen Arbeitsplätzen – würden eine wirtschafts- und finanzpolitische Unterstützung verlangen, die aktuell eher zurückgefahren wird. Ostdeutschland hat solche Ansätze und Pionierleistungen, etwa in Photovoltaik, Windenergie oder auch der effektiven Nutzung von Energie in regionalen Kreisläufen. Brandenburg steht auf Platz eins der Bundesländer, die anderen ostdeutschen Bundesländer befinden sich im vorderen Mittelfeld bei Erneuerbaren. Die 30 %-Ziele für 2020 sind durchaus zu erreichen. Viele Kommunen und Kreise sind schon Nettoexporteure regenerativ erzeugter Energien. Jüngst hat der Landkreis Uckermark die völlige Deckung des Energiebedarfs bis 2020 aus regenerativer Energie erklärt. Es gibt ebenso ambitionierte und erfolgreiche Projekte im Westen, der Osten ist aber in keiner Nachholposition. Dennoch sind eindeutige Willenserklärungen der ostdeutschen Länder, die sich mit einer solchen Perspektive vom Nachbau West

verabschieden und endogene Stärken nutzen wollen, noch nicht gegeben. Auch DIE LINKE, wo sie in Regierungsverantwortung sitzt, hat hier Artikulations- und Durchsetzungsschwierigkeiten.

Fehlt es also noch an großen, übergreifenden Gesamtlösungen, so ist demgegenüber die Fülle von regional und lokal begrenzten, durch sehr unterschiedliche, vielfältige Akteure „von unten“ betriebenen Projekten enorm und hat einen sichtbaren Schub erfahren: Dörfer, die sich mit regenerativer Energie autark gemacht haben und in eine attraktive soziale Infrastruktur investieren. Produzenten-Konsumenten-Gemeinschaften in Anbau und Vertrieb ökologischer Produkte, die zugleich in den städtischen Raum und verschiedene soziale Milieus ausstrahlen. Initiativen von Bioenergiedörfern, die sich vernetzen und auf Lösungen für größere Regionen orientieren. Stadtwerke, die in einzelnen Städten bereits auf einhundert Prozent regenerativer Energie umgestellt werden. So produktiv diese Ansätze sind, sie verlangen einen Umbau in der Förder- und Unterstützungspolitik, der angesichts einseitiger Wachstumsbeschleunigungs- bzw. Sparpakete nicht zu sehen ist. Und mit der problematischen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Ostdeutschland schlagen die Sparpakete auch hier wiederum besonders hart auf. Statt also die aufgeführten Ansätze zu unterstützen, werden eher noch einmal die traditionellen Industrien zu Rettungsankern verklärt, finden diese in der regierenden Politik ihre Lobby.

Die häufig nur gescholtene kleine und mittelständische Unternehmensstruktur in Ostdeutschland hat zum Teil über Netzwerke, innovative regionale Clusterungen mit Forschung und Ausbildung und neue Produktentwicklungen eine beachtliche Stabilisierung erreicht. Ein markantes Beispiel ist etwa die optische Industrie in Thüringen, die mittlerweile einen innovativen Cluster darstellt. Selbst in peripheren Räumen finden sich effektive Netzwerke und global Player. Viele Unterstützungsprogramme der letzten Jahre waren hier sehr hilfreich, für eine Bewältigung der nunmehr in diesem Segment anstehenden Probleme – von Fachkräftesicherung bis zu Marktbehauptung im global hart umkämpften neuen Markt regenerativer Energien – sind aber neue Initiativen gefragt. Dafür gibt es kaum eine ausreichend starke politische Lobby.

Dennoch finden sich, wie gezeigt, beachtliche positive Beispiele. Defizite sind aber nicht zu übersehen, mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden solche nicht abgebaut. Eher scheint es so, dass die Bedingungen für endogene Innovationen und den Ausbau sozial-ökologischer Ansätze in Ostdeutschland (oder auch Deutschland insgesamt) sich infolge eines gestärkten und flexiblen Finanzmarktkapitalismus verschlechtert haben. Die Charakteristika einer Trans-

ferregion und Transferökonomie beschneiden den Osten in seiner Zukunftsfähigkeit. Es ist die gesamte Konstellation einer veränderten Bundesrepublik und einer aktuellen Politik, die das Handlungsfenster für alternative Strategien und Ansätze maßgeblich bestimmt.

5. Das andere soziale und kulturelle Ostdeutschland in einer anderen sozialen und kulturellen Bundesrepublik

Die Transformation in Ostdeutschland hat zu einer sozialen und kulturellen Veränderung der ostdeutschen Gesellschaft geführt. Zugleich hat sich die Gesellschaft der Bundesrepublik generell verändert. Die nunmehr schon stabilen, längerfristigen Trends der letzten zwanzig Jahre – einerseits die Transformation und Eingliederung Ostdeutschlands bzw. der neuen Bundesländer, andererseits der erfolgte neoliberale, marktradikale Umbau der gesamten Bundesrepublik – stellen ein ambivalentes Bedingungsgefüge für den erforderlichen sozial-ökologischen und kulturellen Pfadwechsel dar.

Nicht selten werden offensichtliche Belastungen der Einheit und Entwicklungsrückstände im Osten einseitig mit Schuldzuweisungen und einer neuen, militanten Abgrenzungskultur verbunden. Es scheint so, dass gerade Teile der Mittelschichten des Landes in tiefer Ratlosigkeit angesichts ungelöster Zukunftsprobleme zu einer solchen Entlastungsstrategie greifen. Umso wichtiger sind überzeugende Angebote für Zukunftslösungen. Diese müssen auch gerade deshalb aus dem Osten kommen, weil der Osten bisher in allen Formen öffentlicher Diskurse unterrepräsentiert ist und in den Medien eine eher negative, skandalisierende Darstellung findet. Dies befördert Ressentiments und Schuldzuweisungen, führt im Osten zu selbstbezoglicher Abgrenzung oder/und passiver Duldung.

Auf der „Habenseite“ der letzten Jahre für eine zukunftsfähige Umgestaltung ließe sich das breit entwickelte Bewusstsein der meisten politischen und gesellschaftlichen Akteure für ökologische Gefährdungen und die Notwendigkeit umweltbezogener Zielstellungen fassen. Mit dem Stromeinspeisungsgesetz 1990 sind gesetzliche Grundlagen geschaffen worden. Brisanz und Handlungsbedarf scheinen offensichtlich. Nicht zuletzt Sozial- und Wohlfahrtsverbände haben sich sozialen Fragen eines solchen Umbaus geöffnet. Eine scharfe Differenzierung von sozialer und ökologischer Frage ist deutlich abgebaut, auch wenn hier weiterhin ideologische Trennungslinien verlaufen werden.

Zu erinnern ist, dass im Osten des Landes der Einstieg der Bundesrepublik in den Atomausstieg erfolgte. Im Osten sind einige wichtige Kompetenzen beim Schleifen von Anlagen dieser und von Bereichen der fossilen Energiewirtschaft ausgebildet sowie solche bei der Heilung von großflächigen Bergbaufolgeschäden sowie militärischen Hinterlassenschaften. Diese und generell Erfahrungen in der sozialen Abfederung industrieller Umbrüche stellen ein wichtiges Handlungsreservoir dar, denn ohne Brüche ist auch der sozial-ökologische Umbau (bspw. Automobilindustrie) nicht zu haben.

Was die ökologische Dimension des Umbaus der deutschen Gesellschaft betrifft, waren die vergangenen Jahre keineswegs nur verlorene Jahre. Zu verweisen ist auf Initiativen wie das erwähnte Stromeinspeisungsgesetz von 1990, das Erneuerbare-Energie-Gesetz von 2000, der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie, die Förderung ressourcensparender, umweltverträglicher Produkte und Lösungen. Auch in der Annahme nationaler und globaler Herausforderungen des Klimawandels hat Deutschland eine produktive Rolle gespielt. Dazu gehören schließlich die beachtlichen Kapazitäten in technologischer Entwicklung, Produktion und Anwendung regenerativer Energien, an denen Ostdeutschland deutlich partizipiert. Allerdings gelten eben zugleich besonders für die jüngste Zeit starke gegenläufige Trends, für die vor allem die schwarz-gelbe Koalition steht.

Die in Deutschland dominierenden Mobilitätsformen, Siedlungsstrukturen wie generell eher wenig umweltsensible Lebensweiseformen sprechen noch nicht für eine ausreichende kulturelle Öffnung oder Wende. Zeigen sich in Deutschland generell wie partiell noch stärker in Ostdeutschland über die letzten Jahre nur geringe Trends in der Modernisierung von sozialen Milieus oder sozialen Strukturen, so wirkt die neoliberale Politik der letzten Jahre gerade diesbezüglich verheerend, zerstörerisch. Nicht Emanzipation und Teilhabe, sondern mit Hartz IV und den begleitenden/folgenden gesetzlichen Initiativen hat die soziale Verwundbarkeit in der deutschen Gesellschaft deutlich zugenommen. Diese soziale Verwundbarkeit führt etwa sowohl zur Statuspanik bei den „Mittelschichten“ wie zu Apathie und zum Teil nationalistischer Radikalisierung besonders bei Teilen der unteren Schichten. Zu konstatieren sind Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, die sich nicht nur erweitert reproduziert haben, sondern gleichsam stärker in die Mitte der Gesellschaft driften. Progressive Öffnungen hin zu zukunftsfähigen Entwicklungen werden so kaum befördert.

Sozial- und Gesundheitspolitik sind so ausgerichtet, dass sie die soziale Verwundbarkeit verstärken. Bildungspolitik ist ebenso nicht darauf ausgerichtet, die Chancen eines sozial-ökologischen Umbaus zu nutzen oder zu stärken. Eben nicht Chancengleichheit, sondern se-

lektive Aufstiege und ein stärkeres Aussortieren. Nach wie vor hat soziale Herkunft der Schüler einen übermäßigen Einfluss auf Schullaufbahnen, Schulerfolg und Lebenschancen. Der sozial-ökologische Umbau ist nicht nur auf eine ausreichend finanzierte Bildung angewiesen, sondern eine entsprechende qualitative Ausrichtung. Bildungsausgaben sollen mit dem Sparpaket nicht beschnitten werden, dennoch sind die Zustände in Deutschland zunehmend bedenklich. Viele der Jugendlichen werden bereits über das Bildungssystem von sozialer Teilhabe ausgeschlossen. Gerade diese Entwicklungen sind keineswegs als Erbschaft der DDR zu betrachten, sondern der Politik der letzten zwanzig Jahre geschuldet.

Soziale Eigenarten Ostdeutschlands haben sich deutlich abgeschliffen, sind aber nicht verschwunden. Zu verweisen ist etwa auf eine anhaltend größere Erwerbsneigung der Frauen, eine nach wie vor stärkere Orientierung an „produktiver Arbeit“ und gewisse Reproduktion der „arbeiterlichen Gesellschaft“. Während Erwerbsneigung, Bildungsorientierung und Bildungsvorsprung der Frauen für einen sozial-ökologischen Wandel positiv zu „verrechnen“ sind, kann dieser „Arbeitszentrismus“ angesichts wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen ambivalente Folgen haben. Neben der Askese der „Arbeitsspartaner“, die ostdeutschen Unternehmen häufig das Überleben gesichert hat, nunmehr aber an ihre Grenzen stößt, stehen hier auch Tendenzen, die zu deutlichen Entsolidarisierungen und Abwertungen der Anderen führen. Politische Interessenvertretung und Bündnispolitik werden angesichts sich ausdifferenzierender sozialer Milieus und kontroverser Deutungsmuster nicht einfacher.

Ostdeutsche Mütter sind noch immer, wenn auch nur geringfügig, jünger als westdeutsche. Im Osten liegt die Quote unehelich geborener Kinder deutlich über der in Westdeutschland (58 % zu 22 %) und sind Elternschaft und Familie so auch stärker entkoppelt. Einer solchen Vielfalt von Familien- und Lebensformen muss Rechnung getragen, Raum gegeben werden, sie ist nicht per se positiv oder negativ. Gleiches gilt für den ausgeprägten Familialismus oder Kleingruppenbezug (Eltern-Kind-Netzwerke), die zu deutlich anderen Formen von Engagement und politischer Partizipation führen und durchaus mit den stärker städtischen, „eingewanderten“ Modellen von Bürgergesellschaft kollidieren können.

Dies alles zeigt Eigenarten der bundesdeutschen Gesellschaft, die teils übergreifend gelten, teils (noch immer) Ost-West-Differenzen markieren. Für ein sozial-ökologisches und solidarisches Gesellschaftsprojekt stellen sie Gegebenheiten dar, deren Ambivalenz ersichtlich ist und die sich dann je nach politischen u.a. Rahmenbedingungen so oder so ausprägen. Das politische Handeln auch der Linken muss diese differenzierten Gegebenheiten genauer berücksich-

tigen. Hier entscheiden sich wesentlich Breite des politischen Projekts, Ernsthaftigkeit der Möglichkeiten und Angebote für Partizipation.

III.

Die Krise und der Kampf um gesellschaftliche Hegemonie

6. Die jüngste Krise – Irrwege, politische Folgen für eine sozial-ökologische Transformation

Die aktuelle Situation wird wesentlich durch den politischen (finanz- und wirtschaftspolitischen) Umgang mit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise bestimmt. Im Leitbild hatten wir auf mögliche Antworten und damit verbundene Szenarien verwiesen: Möglich erschien eine Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen, veränderten, d.h. geschmeidigeren und flexibleren Mitteln; eine sozial-liberale Gestaltung mit begrenztem ökologischen Umbau und stärkerer sozialer Teilhabe, oder aber der Schritt zu einem wirklichen, konsequenten sozial-ökologischen Umbau. Bei allem berechtigten Streit darum, was das für eine Krise war bzw. ist, ob die Krise schon vorüber oder noch zu verzeichnen ist – weitgehend und gestärkt durchgesetzt hat sich offenbar das erste Entwicklungsszenario. In Politik wie Wirtschaft prägt ein flexibler (neoliberaler) Finanzmarktkapitalismus in Deutschland weiterhin die Konturen. Demgegenüber zeigt sich gegenwärtig das zweite Szenario als ohnmächtig und wächst der objektive Druck auf das dritte Szenario – die einzig vernünftige Alternative. Die Krisenjahre 2008/2009 sind für eine Wende zu einer sozialen, ökologischen, solidarischen Entwicklung nicht genutzt worden, die aktuelle Konstellation ist deshalb wieder schwieriger.

Mit Bankenrettungsschirm und Konjunkturpaket als Feuerwehrintstrumenten wie den ordnungspolitischen Weichenstellungen der Regierungskoalition geht die Bundesregierung einen deutlichen Schritt zu einer Verhinderung, ja eines Rückbaus der ökologischen, auf Ressourceneffizienz orientierten Wende. Dies reicht von traditioneller Wachstumsbeschleunigung und Schuldenbremse über die einseitige Exportorientierung und vor allem Konservierung der deutschen Automobilindustrie bis zu Verlängerungen der Laufzeiten für Kernenergie und die deutlich eingedampfte Unterstützung regenerativer Energien. Die Koalition hatte viele Geset-

ze, Initiativen zur Ressourcenwende übernommen, neben punktuellen Umsetzungsschritten zeigen sich aber zunehmend Relativierungen, Blockaden. Flankiert werden diese wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen durch eine sozialpolitische Droh- und Druckpolitik: Die soziale Spaltung in Deutschland hat ein für das westliche Europa beispielloses Ausmaß erreicht und wird in der Logik einer gesamtgesellschaftlichen Anpassungsstrategie weiter vorangetrieben.

Eher progressive politische Initiativen und Projekte auf Bundes- und vor allem auf Landesebene werden zurückgefahren (siehe Atomausstieg), mit der Schuldenbremse schwieriger (Förderung bzgl. erneuerbarer Energien) oder drohen im allgemeinen politisch-ideologischen Klima zerrieben zu werden, wie sich jüngst beim Volksentscheid über die Schulreform in Hamburg zeigte.

Der einsetzende Aufschwung stützt eher traditionelle Branchen und zeigt nur begrenzt Innovationen, die Wirtschaft insgesamt wird nicht weiter auf einen sozial-ökologischen Pfad gebracht. Die ostdeutsche Wirtschaft hat zwar in der Krise – vor allem wegen ihrer geringeren Exportabhängigkeit – einigermaßen „überwintert“. Sie ist aber nicht strukturell verändert oder gestärkt aus dieser hervor gegangen. Sie zeigt zudem aktuell wieder ein geringeres Wachstum und eine ungünstigere Finanzlage als die westdeutsche, womit der Konvergenzprozess in seinen verschiedenen Komponenten sich wieder leicht ins Gegenteil verkehrt. Im Westen greift der fragile Aufschwung („Wellblechkonjunktur“) stärker. Mit der charakteristischen Ausprägung des Kapitalismus wirken sich für Ostdeutschland das Defizit von an der Wirtschaft verpflichteten Banken und einem funktionierenden Kapitalmarkt noch negativer aus: Die Gefahr einer anhaltenden Transferfalle ist nicht gebannt. Nach wie vor fließen aus Ostdeutschland in der Gesamtbilanz (Geldströme; Gewinne und Mieteinnahmen etc.; Humanpotenzial) mehr finanzielle Mittel und Ressourcen ab, als hineinfließen.

Wirtschafts- und finanzpolitisch, aber auch sozial und kulturell haben wir es also mit komplizierten, schwierigen Rahmenbedingungen für einen sozial-ökologischen Wandel zu tun. Dennoch gibt es Voraussetzungen: sowohl in den genannten vielfältigen und in der Gesellschaft fest verankerten Projekten kommunaler, lokaler und regionaler Suche z. B. nach der Stärkung regenerativer Energien, ökologischer Kreisläufe, partizipativer Demokratieformen und sozial-progressiver Lebensweiseformen sowie auch als Chance für ein übergreifendes Oppositionsprojekt, welches zudem nicht auf Parteien oder Mandatsträgerinnen und Mandatsträger begrenzt bleiben muss und darf.

7. Hegemonie im Politischen, Sozialen und Kulturellen erringen!

Gesellschaftlicher Wandel, und gerade auch eine sozial-ökologische Transformation, entsteht nicht aus der Eigenlogik des Kapitals, sondern aus Veränderungen in der Gesellschaft, der Sozialstruktur, der Lebenswelten und in den sozio-politischen Kräfteverhältnissen. Die Frage der kulturellen und politischen Hegemonie ist deshalb von überragender Bedeutung für den notwendigen Wandel zu einem sozialen, ökologischen und solidarischen Entwicklungspfad. Die entscheidenden politischen, sozialen und kulturellen Parameter einer sozial-ökologischen Wende sind benannt und von uns im „Leitbild Ostdeutschland 2020“ umrissen. Auf eine Anzahl von Aktivitäten und Ausarbeitungen anderer gesellschaftlicher Kräfte lässt sich verweisen. Diese reichen von technisch-technologischen Untersuchungen und Stellungnahmen, Klimaschutzinitiativen bis zu den umfassenden und paradigmatischen Appellen unterschiedlicher Prägung („Public New Deal“, „Green New Deal“, „Grüner Kapitalismus“, „Guter Kapitalismus“, „Neuer Gesellschaftsvertrag“, „Sozialökologische Alternative“), sie beinhalten jeweils linke wie rechte Optionen. Die Frage von Hegemonie und Gegenhegemonie gewinnt in dieser Situation besondere Brisanz. Derzeit gibt es einen herrschenden Block an der Macht, aber kein hegemoniales Projekt mehr: Positionen des Neoliberalismus sind noch herrschend, aber nicht führend im Sinne der Organisation aktiver Zustimmung (Gramsci). Und doch kann die (autoritäre) „Lösung“ einer „Herrschaft ohne Hegemonie“ erfolgreich sein. Die demokratischen, alternativen, linken Kräfte sind damit neu herausgefordert.

Eine Strategie der Transformation des gegenwärtigen Entwicklungsmodells in Richtung eines sozial-ökologischen Pfadwechsels erfordert neue gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und ist zugleich auf entsprechende Entscheidungen in den politischen Arenen angewiesen. Insofern ist einer solchen Komplexität in einem linken, emanzipatorischen Projekt Rechnung zu tragen: Angesagt sind neue Bündnisse, gemeinsame transformatorische Projekte und der langfristige Kampf um kulturelle und gesellschaftliche Hegemonie, verbunden mit einer realistischen Machtoption.

Die entsprechenden Veränderungen der letzten Jahre in Ost- und Gesamtdeutschland haben wir knapp umrissen, zugleich deren Ambivalenz aufgezeigt. Ebenso haben wir das getan für die jüngste dominierende Politik in Deutschland. Mit beidem ist verbunden, dass sich wirtschaftlich und politisch ein neoliberaler, flexibler Finanzmarktkapitalismus durchgesetzt hat und dieser einen politischen, sozialen und kulturellen Druck ausübt, der insgesamt die Gesell-

schaft in destruktiver Hinsicht beeinflusst. Ein Alternative kann nur aufscheinen, wenn eine neue gesellschaftliche Hegemonie entsteht. Dafür könnte DIE LINKE Motor oder wenigstens Katalysator sein.

Die schwarz-gelbe Koalition hat Vorhaben zum ökologischen Umbau in Deutschland, diesbezügliche Gesetzesinitiativen oder Förderungen zurückgenommen. Hier zeigt sich, dass ein Gegensteuern im Bundesrat große Bedeutung hat. Insofern sind Koalitionen in den Ländern, die nicht dieser schwarz-gelben Arithmetik folgen, wichtig. Ebenso sind die Möglichkeiten direkter Politikbeeinflussung in den Ländern, auch wenn diese deutlich unter der Politik des Bundes zu leiden haben und Kompromisse nötig sind, die den sozial-ökologischen Umbau nicht befördern. Besonders brisant ist hier die Lage z. B. im „Kohleland“ Brandenburg, das zugleich den Spitzenplatz bei erneuerbaren Energien einnimmt. Hier wird der Druck zunehmen, dennoch ist der Weg sozial-ökologischer Entwicklung alternativlos.

Deutschland hat offensichtlich eine neue „Kultur“ politischer Verantwortungslosigkeit erreicht, die sich in medienpolitischen Ersatzhandlungen, offensichtlicher Vetternwirtschaft oder auch der Leichtigkeit von Amtsverzicht zeigt. Diese Verantwortungslosigkeit ist ein weiterer Baustein zu größerer Politikverdrossenheit und der Aushöhlung demokratischer Teilhabe. Apathie, Resignation und deren aggressive Kehrseiten konstituieren eine blockierte, gerade nicht auf Zukunft orientierte Gesellschaft. Die Rückeroberung des Politischen wie wirklicher demokratischer Selbstorganisation – statt zweifelhafter Appelle an Zivilgesellschaft und Selbsthilfe – bleiben auf der Agenda.

Die nicht nachlassenden sozial destruktiven Initiativen von Politik (und Wirtschaft) im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich führen einerseits zu sozialdarwinistischen Abgrenzungen und zu Apathie, andererseits werden immer mehr Initiativen und Bewegungen direkt betroffen. Mit starker parlamentarischer Unterstützung ist so auch hier wirkungsvoller Widerstand möglich. Die Verunsicherung reicht, wie die häufigen Chaosmeldungen zeigen, bis in die regierenden Parteien.

Die vielen, wenn auch noch begrenzten und eher kleinen, Zukunftsprojekte und Zukunftsinitiativen, die gerade in Ostdeutschland so wichtige Indikatoren gewachsenen Selbstbewusstseins sind, stellen Ansatzpunkte für soziale und kulturelle Innovationen dar. Etablierte Politik ignoriert und unterschätzt diese allerdings häufig. Dabei liegen hier wichtige Ansatzpunkte auch einer neuen Zivilgesellschaft.

Ein neuer sozial-ökologischer Diskurs bietet auch Chancen für auf Gleichberechtigung und Anerkennung ausgerichtete Auseinandersetzungen, in denen eben auch ostdeutsche Akteure und ostdeutsche Interessen ihren Platz finden können. Die notwendige emanzipatorische Diskurswende muss die Gemeinsamkeit der Herausforderungen zur Grundlage haben, nicht den Vor- oder Nachteil einer regionalen Herkunft. Ein häufig propagiertes einseitiges Bild der DDR ist Hemmnis für Allianzen, Koalitionen. Totschlagargumenten dieser Art ist zu begegnen, darüber hinaus ist ein gemeinsames, geteiltes Geschichtsbild nicht erforderlich.

Wir betonen: Trotz aller Blockaden gibt es Chancen für eine andere Politik, für ein Projekt sozialer, ökologischer und solidarischer Entwicklung und Transformation. Dafür müssen konkrete Ansatz- und Umsetzungspunkte gefunden werden.

IV

Transformationspolitik als konkretes emanzipatorisches Handeln

8. Neuanfang und politische Umsetzung

Das vergangene Jahr hat das Land auf den Weg zum sozial-ökologischen Wandel nicht wirklich vorangebracht. Angesichts des Lösungsdrucks ist das durchaus dramatisch.

Dennoch, es geht nicht nur darum, einen Zugang zum Handeln zu finden und Bereiche zu definieren, in denen ein sozial-progressives Projekt die Hegemonie gewinnen muss, es zeigen sich trotz aller Probleme auch Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte:

- DIE LINKE muss und kann sich weiter als Anwältin der Zukunft profilieren! Als nunmehr gesamtdeutsche Partei hat sie auch ein gesamtdeutsches Projekt: Ein Projekt sozial-ökologischer und solidarischer Gesellschaftsveränderung. Über dieses Projekt kommt sie nicht nur aus einer Ost-West-Konfrontation heraus, die durch offene Wunden der Vergangenheit immer wieder geschürt wird, sie kommt auch in die Position eines konstruktiven Ideengebers und Bündnispartners für andere politische Kräfte, die nach Alternativen zum neoliberalen Weltuntergangmodell suchen. Werden in der ideologischen Zuschreibung immer wieder Nostalgie oder Ostalgie als Markenzeichen der LINKEN apostrophiert, so sollte dies in der Selbstbeschreibung die mögliche nachhaltige und solidarische Gesellschaft sein, gleiche Teilhabe aller am Sagen und

Haben der Gesellschaft. Die noch immer zu selten gestellte, offene Frage, wie wir künftig leben wollen und können, kann Anlass für eine neue Diskursinitiative sein. Ein solcher Referenzrahmen eröffnet Raum für ein Denken in Alternativen, das nicht an „Sachzwängen“ und „Platzanweisungen“ orientiert ist und die Frage nach den möglichen, machbaren Prioritäten in der Gegenwart beantwortet.

- Die technisch-technologische Machbarkeit für einen Einstieg in die sozial-ökologische Wende ist ebenso gegeben wie sich wirtschaftliche Umsetzungsmöglichkeiten zeigen. Neben den politischen Rahmenbedingungen, auf die in den unterschiedlichen Gremien Einfluss genommen werden kann, geht es stärker um die sozial progressive Verankerung und Gestaltung solcher Umsetzungsprojekte. In Ostdeutschland zeigen sich begründet vielfältige politische Aktivitäten gegen überholte großindustrielle Lösungen im Bereich regenerativer Energien, generell nehmen Auseinandersetzungen zu. Soziale Akzeptanzforschung – ein alter Hut für neue, linke Initiativen. Wie kann man noch besser zu primär regionalen, dezentralen und zugleich wirtschaftlichen, finanzierbaren Lösungen kommen, die den Menschen vor Ort neue Chancen geben? Zum Beispiel: Höhere soziale Sicherheit, neue Entwicklungsmöglichkeiten, demokratische Partizipation. Gemeinsam zu besseren Chancen – dieser Anspruch muss linke Politik in Ländern und Regionen zu Untersuchungen, Projekten und zu Unterstützungsaktivitäten anhalten. Denn Globalisierung ist nicht nur Vereinheitlichung, sondern zugleich Regionalisierung, Differenzierung, Vielfalt.
- Die vielen kleinen Projekte sind eben wichtige Ansatzpunkte für solche Initiativen in Ostdeutschland. Mit ihnen vor allem wird der einseitige Nachbau West schon heute in praxi verlassen. Konsequenzen reichen weit über diese Projekte hinaus, tangieren gleichermaßen wirtschaftliche Organisationsformen wie kommunales Handeln. Eine solche übergreifende Bedeutung transparent zu machen und zu befördern, wäre eine weitere wichtige politische Aufgabe. Denn das Neue entsteht zunächst oft als Idee, als Forderung, als Projekt, als Netzwerk sozialer und politischer Kräfte von unten.

In einer Transformationsperspektive lassen sich unterschiedliche und auch gegensätzliche Interessen und Forderungen zu einem gemeinsamen Projekt verbinden und in einen Gesamtzusammenhang gesellschaftlicher Veränderung stellen. Eine solche Transformationsperspektive schafft sowohl neue Dialog-, Kooperations- und Bündnismöglichkeiten als auch Barrieren gegen Integration und Vereinnahmung in den herrschenden Block und dessen Politik.

Gesellschaftskritische Transformationspolitik bietet so neue Chancen, ist aber immer auch mit Risiken verbunden. Beides stellt neue Anforderungen an das Handeln gerade auch der Linken. Doch nur mit einem zeitgemäßen Transformationskonzept und einer darauf basierenden transformatorischen Politik kann eine erneuerte Linke die Gesellschaft mitgestalten und qualitativ – im Sinne nachhaltiger und solidarischer Entwicklung – verändern. Dabei kann und wird Ostdeutschland mit seinen Erfahrungen und Kompetenzen eine beachtliche Rolle spielen.